



Grüner 8-Punkte-Plan

Gemeinsam Haltung zeigen: Schutz und Stärke für die bayerische Demokratie

Freiheit, Wahrung der Menschenwürde, die Wertschätzung von Vielfalt, die Toleranz anderer Meinungen und die gleichberechtigte Teilhabe – gesichert gibt es all das nur in einer Demokratie. Wir leben in einer starken liberalen Demokratie. Aber sie ist nicht selbstverständlich. In vielen Ländern wird genau dafür gekämpft. Wir wollen diese Grundrechte und Werte bei uns im Land erhalten. In Zeiten von Politikverdrossenheit und Vertrauensverlust vieler Menschen in die Politik ist es deshalb wichtiger denn je, Menschen wieder für die Demokratie zu begeistern: Mit guter Politik und indem man Entscheidungsprozesse wieder erfahrbar und nachvollziehbar macht. Demokratie ist nur so stark wie das Engagement ihrer Bürger*innen für sie.

Demokratie ist nicht nur ein politisches System, sondern eine Lebensweise. Ohne sie würden wir anders leben, anders arbeiten - wahrscheinlich auch andere sein. **Demokratie gegen ihre Feinde verteidigen ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist, sie stark zu halten und immer wieder zu erneuern. Demokratie ist nie fertig. Gemeinsam sind wir in der Lage, immer wieder Updates zu entwickeln.** Das geht nur mit dem Engagement der Menschen im Land, mit gegenseitigem Respekt und Fokus auf die Lösungssuche.

Dazu braucht es eine Zivilgesellschaft, die sich offen für eine lebendige, liberale Demokratie einsetzt. Und es braucht eine Politik, die sich den Gefahren für die Demokratie durch Rechtsextremismus und Populismus entgegenstellt. Zusammen mit den Menschen in Bayern, in Deutschland, drehen wir den Trend. Und beantworten die Frage: Wer wollen wir sein? Zugpferde oder Jammerer? Anpackerinnen oder Zauderer? Ermöglicherinnen oder Schlechtredner? Wir Grüne haben uns entschieden. **Wir dienen den Menschen, dem Gemeinwohl, dem Land Bayern und seiner Demokratie. Und zeigen acht konkrete Punkte auf, wie wir das gemeinsam angehen.**



1. Demokratie Check-Up – Dialog & Beteiligung statt Ansagen von oben

Was es noch braucht: Mehr Vertrauen zwischen Staat und Bürger*innen. Und Vertrauen unter den Bürgerinnen und Bürgern. **Den Menschen zuhören reicht allein nicht. Auch ihnen etwas zutrauen gehört dazu. Demokratieabbau bei der direkten Demokratie gibt es mit uns nicht. Bayerns Demokratie braucht vielmehr ein wohldosiertes Update.** Wir wollen den **Hürdenabbau in der direkten Demokratie** sowohl beim Bürgerentscheid in den Kommunen als auch beim Volksentscheid auf Landesebene. Dafür brauchen wir endlich digitale Unterschriftensammlung, eine vorgeschaltete dialogische Bürgerbeteiligung in Form von Bürgerräten und Bürgerdialogen bei wichtigen Infrastrukturprojekten und mehr Transparenzrechte. **Wir wollen vor den Entscheid den Dialog stellen. Ein frühzeitiges miteinander Gestalten kann in vielen Fällen ein späteres Gegeneinander von Befürwortern und Gegnern verhindern. Unsere Gesellschaft braucht aktuell nichts mehr als das Miteinander.** Innovative Beteiligungsmodelle wie Bürgerräte, Planungszellen, Bürgergutachten und digitale Beteiligungsplattformen wollen wir in ganz Bayern erproben.

Wir wollen außerdem das **Wahlrecht modernisieren und bei Kommunal-, Bezirks- und Landtagswahlen sowie Volks- und Bürgerentscheiden das Wahlalter 16 einführen.** Durch die Schaffung eines **unabhängigen Bürgerbeauftragten** wollen wir, dass die Menschen sich mit ihren Sorgen und Problemen gehört und wertgeschätzt fühlen und so das Vertrauen in die Institutionen stärken.

2. Die Prüfung des AfD-Verbots vorantreiben!

Bayern muss dem Vorbild von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen folgen und den gesamten AfD-Landesverband als ‚gesichert rechtsextrem‘ einstufen. Die AfD in Bayern hat sich kontinuierlich radikalisiert und wird von eindeutig rechtsextremen Kräften dominiert. Die Staatsregierung ist aufgefordert, sich tatkräftig an der länderübergreifenden Materialsammlung für ein Parteiverbot zu beteiligen. Nach dem Vorbild des NPD-Verbotsverfahrens soll **Bayern ein unabhängiges wissenschaftliches Institut mit der Analyse der verfassungsfeindlichen Bestrebungen der AfD beauftragen, und damit einen konkreten Beitrag leisten.** Außerdem brauchen wir eine **bundesweite, zentrale Arbeitsgruppe, um die Informationen der Verfassungsschutzämter zu bündeln und ein AfD-Verbot zu prüfen.**



3. Stärkung der politischen Bildung

Der US-amerikanische Philosoph John Dewey hat recht: Demokratie muss in jeder Generation neu geboren werden und Bildung ist ihre Hebamme. Ein Feigenblatt wie das Verfassungsviertelstündchen reicht dafür nicht aus. **Bayerische Schüler*innen haben im bundesweiten Vergleich am wenigsten politische Bildung im Unterricht. Wir wollen die politische Bildung in den bayerischen Schulen deutlich intensivieren, um jungen Menschen die Bedeutung demokratischer Werte und Prozesse zu vermitteln.** Deshalb führen wir an allen Schularten **ab Jahrgangsstufe 5 einen zweistündigen Politik- und-Gesellschaft-Unterricht pro Woche** ein. Da Wissen und Erfahrungen zur Demokratie vor allem durchs Mitmachen entstehen, wollen wir außerdem fest verankerte Klassenräte und Schulparlamente. **Gedenkstätten sind wichtige Lernorte.** Auch für Mittelschüler*innen sollte ein Besuch obligatorisch sein, um den Jugendlichen die Bedeutung von Menschenwürde und demokratischen Grundrechten zu vermitteln. Zu einer modernen politischen Bildung gehört auch die Förderung von Medienkompetenz, um Desinformation und Manipulation entgegenzuwirken. Es ist wichtig, dass Schülerinnen und Schüler besser zwischen echten und falschen Informationen unterscheiden können.

4. Zivilgesellschaft schützen und stark machen: Demokratie-Botschafter*innen

Wir wollen die Werte der Demokratie wieder stärker erklären und leben. In einer Zeit schwachen Vertrauens in Politik ist inzwischen mehr denn je die Frage, **wer diese Werte vertritt und vermittelt.** Gerade jüngere Menschen vertrauen vor allem ihrem eigenen Lebensumfeld und ihren „Held*innen“ – das kann z. B. die Sängerin, der Influencer oder der Spieler des Fußball-Nationalteams sein. Neben politischen Führungskräften braucht es deshalb Identifikationsfiguren aus Kultur, Sport, Wirtschaft, Gesellschaft, die für Menschenwürde, Sicherheit, individuelle Freiheit, rechtliche Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und Volkssouveränität aktiv und offen eintreten. **Gemeinsam mit diesen Persönlichkeiten wollen wir ein staatliches Kampagnen-Programm prominenter Demokratie-Botschafter*innen etablieren.** Sie sollen die Demokratie in Projekten, Vorträgen, Planspielen in Schulen, Vereinen, Unternehmen usw. erlebbar machen und als **Identifikationsfiguren eines demokratischen Bayern sichtbar** sein.



5. Bayerische Strategie gegen Desinformation

Desinformation wird gezielt zur Schwächung und Destabilisierung der Demokratie eingesetzt. Desinformation wird im digitalen Zeitalter insbesondere über Online-Plattformen und soziale Medien verbreitet. Mit den rasanten Entwicklungen in Künstlicher Intelligenz wird es auch immer leichter und billiger, Fake-News zu produzieren und zu verbreiten. **Wir müssen unsere Demokratie auch online verteidigen. Denn gezielte Falschinformationen und verdrehte Fakten untergraben das Vertrauen in die Politik, schüren Ängste und spalten die Gesellschaft.** Bayern muss mit konkreten Maßnahmen dagegenhalten. Dazu gehört an erster Stelle eine **generationsübergreifende Bildungsstrategie**, um Nachrichten- und Informationskompetenz insbesondere in den Schulen zu fördern, kritisches Denken anzuregen und Widerstandskraft der bayerischen Bürger*innen zu stärken. Wir brauchen zudem eine **Task Force der Staatsregierung**, damit der Staat seine Kompetenzen bündelt, handlungsfähig bleibt und über **aktuelle Desinformationskampagnen aufklären** kann. **Wir wollen mehr Transparenz statt Amtsgeheimnisse.** Um das Vertrauen in unseren Staat und unseren Institutionen zu stärken braucht es ein **Transparenzgesetz** – hier muss Bayern endlich nachziehen und für mehr Transparenz in staatlichen Entscheidungen sowie Kommunikation sorgen. Wissenschaftliche Erkenntnisse über neue Formen von Online-Radikalisierung müssen wir fördern, um auch Mitarbeitende von Sicherheitsbehörden über aktuelle Inhalte, Codes und Wirkungsweisen von Verschwörungsideologien weiterzubilden.

6. Demokratie vor Ort erleben – Kommunen unterstützen

Wir wollen die kommunale Ebene mit ins Boot holen und werden vor Ort Projekte anstoßen und fördern, die sich für unser demokratisches Miteinander einsetzen. Denn so wird Demokratie vor Ort mit Leben gefüllt. Unser Ziel ist es, **lokale Handlungsstrategien zu entwickeln und Vereine oder Bürgerinitiativen, die in der Kommune Demokratie und Vielfalt fördern, den Rücken zu stärken - auch finanziell. Das Ehrenamt ist in Bayern eine zentrale Säule des gesellschaftlichen Miteinanders, wir wollen es weiter stärken und stützen.** Noch immer fehlt die volle Gleichbehandlung von ehren- und hauptamtlichen Rettungskräften. Wir fordern die volle Helfer*innengleichstellung, denn es darf bei uns keine Retter*innen erster und zweiter Klasse geben. Wir fördern die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen, zum Beispiel in Form von **Jugendparlamenten oder Jugendgemeinderäten, und regeln dazu ihre Beteiligungsrechte in der Bayerischen Gemeindeordnung.**



Persönliche Bedrohungen von kommunalen Amts- und Mandatsträger*innen zählen neben der gesellschaftlichen Polarisierung vor Ort infolge rechtsextremer und rechtspopulistischer Handlungsstrategien zu den größten Bedrohungen für eine anpackende und zukunftsorientierte Kommunalpolitik. Kommunalpolitiker*innen und zivilgesellschaftliche Akteur*innen in den Gemeinden, die sich für die Demokratie einsetzen und gegen rechtsextremistische und rechtspopulistische Tendenzen stemmen, lassen wir nicht allein. **Wir brauchen die aktiven Demokraten in den Kommunalparlamenten. Wir werden daher den Schutz der Betroffenen vor Angriffen stärken. Nötig ist u.a. eine Dunkelfeldstudie bezüglich der Straftaten gegenüber kommunalen Amts- und Mandatsträger*innen und Mitarbeitenden der Kommunalverwaltung.** Wichtig ist auch sicherzustellen, dass den von Hass, Gewalt und Hetze betroffenen Kommunalpolitiker*innen die Sorge oder Scheu genommen wird, Strafanzeige zu erstatten. Hass darf sich in unserem Rechtsstaat nicht lohnen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, den Respekt vor dem kommunalen Ehrenamt in der Gesellschaft zu stärken. Das gelingt, wenn die Landespolitik zusammen mit kommunalen Spitzenverbänden und zivilgesellschaftlichen Akteuren an einem Strang zieht, durch Aufklärung, Information und die richtigen Formate.

7. Keine Rechtsextremisten im Öffentlichen Dienst, Resilienz der Justiz stärken

Wir stärken unseren Rechtsstaat und wichtige demokratische Einrichtungen. Mitarbeitende der öffentlichen Verwaltung müssen auf dem Boden der Bayerischen Verfassung und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Für Extremist*innen darf hier kein Platz sein. **Wir wollen sicherstellen, dass in Bayern nur Beamt*in werden und bleiben darf, der sich verfassungstreu verhält. Alle Beamt*innen werden verpflichtet, sich durch ihr gesamtes Verhalten zur Bayerischen Verfassung und zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes zu bekennen und für diese einzutreten.** Das gilt vor allem in besonders (grundrechts-)sensiblen Bereichen wie der Justiz und der Polizei. Wir fordern auch, dass im Recht des Öffentlichen Dienstes Regelungslücken geprüft und geschlossen werden, insbesondere hinsichtlich der disziplinarrechtlichen Maßnahmen um Verstöße gegen die Pflicht zur Verfassungstreue von Beamt*innen oder des Mäßigungsgebots zu ahnden. **Daher wollen ein Verfassungstreuegesetz für Bayern.** Außerdem werden wir die Verwaltungsmitarbeitenden, insbesondere im Bereich der der Kommunalverwaltung, sensibilisieren und schulen, wie sie mit verfassungsfeindlichem und verschwörungstheoretischem Gedankengut besser umgehen können. Auch dadurch wollen wir den öffentlichen Dienst und die Justiz resilienter machen gegenüber Extremist*innen.

Wir setzen uns auch dafür ein, dass in Bayern, so wie in anderen Bundesländern auch, **Richteranklagen möglich** sind, um Richter*innen, die sich nicht an ihre Pflicht zur Verfassungstreue halten, notfalls und auf Antrag des Bayerischen Landtags



durch Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, aus dem Amt zu entfernen. Wir fordern nicht nur Maßnahmen zum Schutz der Unterwanderung der Justiz durch Extremisten vor, sondern schützen die Justiz auch vor politischer Instrumentalisierung. Das tun wir, indem wir die Autonomie der Justiz in Bayern stärken.

8. Den Landtag zu den Menschen bringen – Dialog-Wochen des Parlaments

Der Landtag kommt direkt zu den Menschen nach Hause. Von den vorwiegend für Wahlkreisarbeit vorgesehenen acht Informationswochen im Landtagsjahr machen wir vier zu Dialog-Wochen. Pro Dialog-Woche gehen alle Landtagsabgeordneten geschlossen und gezielt in eine Region: für Dialogformate, Bürgersprechstunden, Veranstaltungen zu regional relevanten Themen, ad-hoc-Bürgerräten zu politischen Themen vor Ort, Demokratiefesten usw. Und das in fraktionsübergreifend gemischten Teams, ohne parteipolitisches Geplänkel, sachbezogen und voll auf Augenhöhe mit den Leuten vor Ort. Das ist keine klassische Wahlkreisarbeit und auch kein Kurzbesuch von Parlamentariern, sondern fokussierte Arbeit an Lösungen für die Region. Nicht die Menschen kommen in den Landtag, sondern der Landtag kommt eine ganze Woche ins Fichtelgebirge, ins Altmühltal oder den Inn-Salzach-Kreis. So stärken wir die Bedeutung der Volksvertretung aller bayerischen Bürger*innen und werden dem Auftrag des Parlaments noch stärker gerecht: Für das Gemeinwohl und Bayerns Menschen da zu sein. Zur konkreten Ausarbeitung der Dialogwochen schlagen wir eine interfraktionelle Arbeitsgruppe unter Leitung des Landtagspräsidiums vor.